LANDRATSAMT

WEILHEIM

September 2010

Bundesleistungsgesetz;

• Bundesleistungsgesetz; Übungen und Manöver der Bundeswehr

Übungen und Manöver der Bundeswehr

gung in der Marktgemeinde Peiting vom 13.

Amtliche Bekanntmachung Die Bundeswehr führt im Jahr 2010 folgende Übungen

durch: Ort: VG Altenstadt, Bernbeuren, Huglfing, Rotten-

Amtsblatt des Landratsamtes Weilheim-Schongau

SCHONGAU 2010 Mittwoch, den 15. September

Herausgegeben vom Landratsamt Weilheim-Schongau – Pressestelle -, Pütrichstr. 8, 82362 Weilheim i. OB, Tel. 0881/681-0. e-mail:g.leis@lra-wm.de, Internet: www.weilheim-schongau.de

Das Amtsblatt erscheint in der Regel zum 1. und 15. jeden Monats.

Verordnung des Landratsamtes Weilheim-Schongau über das Wasserschutzgebiet für das Erschließungsgebiet Kurzenried für die öffentliche Wasserversorgung in der Marktgemeinde Peiting Verordnung des Landratsamtes Weilheim-Schongau über das Wasserschutzgebiet für das Erschließungsvom 13. September 2010 gebiet Kurzenried für die öffentliche Wasserversor-

Das Landratsamt Weilheim-Schongau erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.Juli 2009 (BGBI I S. 2585) in Verbindung mit Art. 31 Abs. 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntma-chung vom 25. Februar 2010 (GVBI S. 66) folgende Verordnung

§ 1 Allgemeines

Zeit: Art: Ort: Art: Art: Art: Art: Art: Art: Art: A	Stadt Schongaden Stadt Schongau u. Weilheim, Mar Peiting, Gde Hohenpeißenberg u. 20.09.2010 - 24.09.2010 Lehrgang Überleben Land VG Altenstadt, VG Bernbeuren, Markt Peiting 23.09.2010 (04:30 Uhr - 18:00 U Gefechtsausbildung Überleben D VG Rottenbuch, VG Steingaden 27.09.2010 - 28.09.2010 (20:00 Uh Orentierungsübung VG Steingaden 29.09.2010 (8:00 Uhr - 18:00 Uhr) Überwinden von Gewässern und Gde.Prem 30.09.2010 (8:00 Uhr - 18:00 Uhr) Überwinden von Gewässern und VG Bernbeuren 30.09.2010 - 01.10.2010 (15:00 Uh Durchschlagsübung eis: evölkerung wird nahegelegt, sie ingen der übenden Truppen fernzu wird auf die Gefahren, die von lie igmitteln, Fundmunition und der ingewiesen. Sollten derartige Geg	kt Peißenberg u. Wessobrunn die I schr Geb sen. Uhr) burchschlagen ar - 6:00 Uhr) Einschnitten r) Einschnitten ar - 9:00 Uhr) h von den Ein- chalten. Gleich- egengebliebenen gleichen ausge-	Schutzgebiet (1) Das Schutzgebiet besteht aus einem Fassungsbereich (W I), einer engeren Schutzzone (W II) einer weiteren Schutzzone (W III A) und einer weiteren Schutzzone (W III B). (2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in dem im Anhang (Anlage 1) veröffentlichten Lageplan eingetragen. Für die genaue Grenzziehung ist der Lageplan im Maßstab 1:5000 maßgebend, der im Landratsamt Weilheim-Schongau und im Rathaus des Marktes Peiting niedergelegt ist; dieser kann dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft auf der jeweils gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der gekennzeichneten Linie.			
funde verstä Etwai bei de zur S meind	n werden, ist die nächste Poliz indigen. ige Übungsschäden sind innerhal er zuständigen Gemeinde anzume chadensabwicklung erteilen die den sowie das Landratsamt Weilhe eim i.OB, den 06.09.10 Öffentliche Sicherheit u. Ord	eiinspektion zu R d r lb eines Monats lden. Auskünfte jeweiligen Ge- eim-Schongau. (4) E e y	eränderungen der Grenzen er im Schutzgebiet geleger en die festgesetzten Grenzer Der Fassungsbereich ist dur ngere Schutzzone und die ind, soweit erforderlich, in Veise kenntlich gemacht. § 3 Verbotene oder nur bes Handlung	nen Grundstücke berüh- n der Schutzzonen nicht. Ich eine Umzäunung, die weiteren Schutzzonen der Natur in geeigneter schränkte zulässige	4.1	
	Lorenz Feierabendl	(1)E	s sind			
		in der weiteren Schutzzone B	in der weiteren Schutzzone A	in der engeren Schutzzone		
	entspricht Zone	III B	III A	п	4.2	
i. 1.1	bei Eingriffen in den Untergrund (ausg Aufschlüsse oder Veränderungen	enommen in Verbindung mit nur zulässig, wenn die				
1.1	der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, vorzunehmen oder zu erweitern; insbesondere Fischteiche, Kles-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche	Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch nicht wesentlich gemindert wird	Rahmen der ordnungsgemäßen land- und eckung forstwirtschaftlichen Nutzung		4.3	
1.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	nur zulässig - mit dem ursprünglichen Erdaushub im Zuge von Baumaßnahmen und - sofern die Bodenauflage wiederhergestellt wird		verboten	4.5	
1.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.11)	verboten				
1.4	Durchführung von Bohrungen	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis :		zu 1 m Tiefe	4.6	
1.5	Untertage-Bergbau, Tunnelbauten		verboten			
2.	bei Umgang mit wassergefährdend	en Stoffen (siehe Anlage 2	2, Nr. 1)		4.7	
2.1	Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern		verboten		4.8	
2.2	Anlagen nach § 62 Abs. 1 WHG zum Umgang mit wasserge- fährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig entsprechend Anlage 2 Nr. 2	nur zulässig entsprechend Anlage 2 Nr. 2 für Anlagen, wie sie im Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. 1 Jahresbedarf) üblich sind	verbaten	4.9	
2.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 Abs. 3 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe Anlage 2 Nr. 3)	von Stoffen bis Wassergefa	kurzfristige (wenige Tage) Lagerung verboten 4 sergefährdungsklasse 2 in dafür Transportbehältern bis zu je 50 Liter			
2.4	Abfall i. S. d. Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und Nr. 2.3)		verboten 4.1			
2.5	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung		verbo	ten	4.13	
3.	bei Abwasserbeseitigung und Abw	asseranlagen			5.	
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläranlagen		verboten		5.1	
3.2	Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern		verbo	ten		
3.3	Trockenaborte		nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufge- stellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	verboten		
3.4	Ausbringen von Abwasser		ereinigtes Abwasser aus dem n zusammen mit Gülle oder chen Verwertung	verboten		
3.5	Anlagen zur - Versickerung von Abwasser oder - Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus	nur zulässig zur flächenhaften Versickerung von häuslichem oder kommunalem Abwasser aus Kläranlagen < 1000 EV nach weitergehender	verbo	ten		
	LZGUIANGSSCI DOGI AA 92261 902	<u> </u>	!			

		,	Verantwortlich: La	andrat Dr. Friedrich Zelle	
		in der weiteren	in der weiteren	in der engeren	
		Schutzzone B	Schutzzone A	Schutzzone	
	entspricht Zone	III B	JII A	11	
	Wärrnepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern	Reinigung entsprechend Anlage 2 Nr. 4, wenn eine Ableitung zu aufnahmefähigen Fließgewässern nicht möglich ist			
3.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 8 Abs. 1 WHG i.V. mit § 1 NWFreiV wird hingewiesen)		- nur zulässig bei ausreichender Reinigung durch flächenhafte Versickerung über obewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen " - verboten für Niederschlagswass von Gebäuden auf gewerblich genutzte Grundstücken	ser f	
3.7	Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig zum Ableiten von Abwasser, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird (Durchleiten von außerhalb des Wasserschutzgebiets gesammeltem Abwasser verboten)		alle	
4.	bei Verkehrswegen, Plätzen mit be	sonderer Zweckbestimmung	j, Hausgärten, sonstiger	n Handlungen	
4.1	Straßen, Wege und sonstige Ver- kehrsflächen zu errichten oder zu erweitern		tierte Straßen, wenn die nische Maßnahmen an nnungsgebieten (RiStWag Fassung beachtet werder		
4.2	wassergefährdende auswaschbare oder auslaugbare Materialien (z. B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau zu verwenden	verboten			
4.3	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern				
4.4	Bade- oder Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	nur zulässig mit Abwasserent dichte Sammelentwässerung Nr. 3.7		verboten	
4.5	Sportaniagen zu errichten oder zu erweitern	- nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 3.7 - verboten für Tontaubenschießanlagen und Motorsportanlagen		verboten	
4.6	Großveranstaltungen durchzuführen	nur zulässig mit ordnung Abwasserentsorgung un	ntsorgung und ausreichenden, Parkplätzen (wie z.B. bei en)		
4.7	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern		,	verboten	
4.8	erweitern Flugplätze einschl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern		verboten		
4.9	Militärische Übungen durchzuführen	nur Durchfa	ahren auf klassifizierten St	itraßen zulässig	
4.10	Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern			verboten	
4.11	Anwendung von Pflanzenschutz- mitteln auf Freilandflächen, die nicht land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	auf das grundsätzliche Verbot nach § 6 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz wird hingewiesen		verboten	
4.12	Düngen mit Stickstoffdüngern	nur zulässig bei standort- und	l bedarfsgerechter Düngu	nur standort- und bedarfsgerechte Düngur mit Mineraldünger zulässig	
4.13	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung verboten oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität			
5.	bei baulichen Anlagen		T	verboten	
5.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig,	nur zulässig,	Agiboreii	
		wann koin		1	

wenn kein

häusliches oder

gewerbliches Abwasser anfällt oder

in eine dichte

und

wird

wenn die

dem höchsten

Sammelentwässerung eingeleitet wird unter

Beachtung von Nr. 3.7

Gründungssohle über

Grundwasserstand liegt und die

Schutzfunktion der

ung hierdurch nicht

wesentlich gemindert

Grundwasserüberdeck

wenn kein

dichte

und

- wenn die

häusliches oder gewerbliches Abwasser

anfällt oder in eine

Sammelentwässerung

eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 3.7

Gründungsschle mindestens 2 m über

dem höchsten

Grundwasserstand liegt

und die Schutzfunktion

überdeckung hierdurch

der Grundwasser-

nicht wesentlich gemindert wird

WEILHEIM

Amtsblatt des Landratsamtes Weilheim-Schongau

SCHONGAU

2010

Mittwoch, den 15. September

Herausgegeben vom Landratsamt Weilheim-Schongau - Pressestelle -, Pütrichstr. 8, 82362 Weilheim i. OB, Tel. 0881/681-0. e-mail:g.leis@lra-wm.de, Internet: www.weilheim-schongau.de

Das Amtsblatt erscheint in der Regel zum 1. und 15. jeden Monats.

		in der weiteren Schutzzone B	in der weiteren Schutzzone A	in der engeren Schutzzone		
	entspricht Zone	III B	III A	π		
5.2	Ausweisung neuer Baugebiete		verboten			
5.3	Stallungen zu errichten oder zu erweitern 2)	nur zulässig verboten entsprechend Anlage 2, Nr. 5				
5.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern ²⁾	nur zulässig mit Leckageerke Kontrollmöglichkeit der gesar Zuleitungen				
5.5	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern "	nur zulässig mit Auffangbehä Behälter für Anlagen größer	verboten 5.4			
6.	bei landwirtschaftlichen, forstwirts	chaftlichen und gärtnerischen Flächennutzungen				
6.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärsubstrate aus Biogasanlagen und Festmistkompost	nur zulässig wie bei Nr. 6.2	verboten			
6.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)	nur zulässig, wenn die Stickstoffdüngung in zeit- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere nicht - auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau, - auf Grünland nur zulässig, wenn die Stickstoffdüngung entsprechend der Düngeverordnung in der jeweils güttigen Fassung in zeit- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt. Sollte in der Wassererfassung der Nitratgehalt von 15 mg/l überschritten werden oder aufgrund eines stetigen Anstieges mit einer Überschreitung dieses Wertes zu rechnen sein, ist das Düngen auf Grünland entsprechend den Vorgaben der Nr. 6.2 in der Zeit vom 01.11. bis 15.02. nicht zulässig*) (ausgenommen Festmist in Zone III), - auf Ackerland vom 01.10. bis 15.02. (ausgenommen Festmist in Zone III), - auf Brachland *) Hinweis: in diesen Fällen ergeht an die Grundstückseigentümer ein gesonderter Bescheid				
	A					
6.3	Ausbringen oder Lagern von Klär- schlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm oder Gärsubstrat bzw. Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten				
6.4	ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfurche darf erst ab 15.11. erfolgen.				
6.5	Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	verboten, ausgenommen Kalkdünger; Mineraldünger und Schwarzkalk nur zulässig, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt		ind verboten		
6.6	Gärfutterlagerung außerhalb von ortsfesten Anlagen	nur zulässig in allseitig dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage		verboten		
6.7	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	nur zulässig auf Grünland ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 2 Nr. 6)		r verboten		
6.8	Wildfutterplätze und Wildgatter zu errichten oder zu erweitern			verboten		
6.9	Anwendung von Pflanzenschutz- mitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten				
6.10	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität		verboten		
6.11	landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen				
6.12	besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2 Nr. 7 neu anzulegen oder zu erweitern	ALE AL	nur Gewächshäuser mit geschlossenem Entwässerungssystem zulässig	verboten		
6.13	Rodung, Kahlschlag größer als	nicht zulässig. (ausgenommen bei Kalamitäten)				

1) siehe. ATV-DVWK-Merkblatt M 153 "Handlungsemp-

Nasskonservierung von Rundholz

6.14

- fehlungen zum Umgang mit Regenwasser" 2) Es wird auf den Anhang 5 "Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle Festmist, Silagesickersäften (JGS-Anlagen)" der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung - VAwS) in der jeweils geltenden Fassung hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Arbeitsblätter mit Musterplänen sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich (Arbeitsblatt Nr. 10.15.04 "Lagerung von Flüssigmist", Nr. 10.15.07 "Lagerung von Festmist", Nr. 10.09.01 "Flachsilos und Sickersaftableitung").
- (2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter den Nr. 1 bis 6 aufgeführte Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
- 3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nummern 3.6 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und –ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

Befreiungen

(1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten

des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.

verboten

- (2) Die Befreiung nach \S 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann vom Grundstückseigentümer verlangt werden, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5

Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Weilheim-Schongau zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach dem § 52 Abs. 4 WHG i.V.m. §§ 96 - 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6

Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden,

dass die Grenzen des Fassungsbereiches und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Kontrollmaßnahmen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Landratsamtes Weilheim -Schongau oder des Trägers der öffentlichen Wasser-

versorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.

(2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamtes Weilheim-Schongau oder des Trägers der äffentlichen Wasserverprogung die durch diese Vor öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, zu dulden. (3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke

durch Bedienstete des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten, zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung - EÜV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

Entschädigung und Ausgleich (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser

- Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 i.V.m. §§ 96 – 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforde-rungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb landoder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach Art. 32 i.V.m. Art. 57 BayWG zu leisten.

Ordnungswidrigkeiten

Nach \S 103 Abs. 1 Nr. 8 a, Abs. 2 WHG, Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu 50.000 EUR belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- 1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 zuwiderhandelt.
- 2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen.
- 3. Anordnungen oder Maßnahmen nach den §§ 5 und 7 nicht duldet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landratsamtes Weilheim-Schongau in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Landratsamtes Weilheim-Schongau über das Wasserschutzgebiet Peiting vom 11.07.1990, bekanntgemacht im Amtsblatt des Landratsamtes Weilheim-Schongau vom 01.08.1990, geändert durch Verordnung vom 30.08.2004 (Amtsblatt des Landratsamtes Weilheim-Schongau vom 15.09.2004) außer Kraft.

Schongau, den 13.09.2010

Landratsamt Weilheim-Schongau

Dr. Friedrich Zeller Landrat

Anlage 2 der Verordnung des Landratsamtes Weilheimschließungsgebiet Kurzenried für die öffentliche Wasserversorgung in der Marktgemeinde Peiting

Maßgaben zu § 3 Abs. 1, Nr. 2, 3, 5 und 6

- 1. Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)
- Es ist jeweils die aktuelle Fassung der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wasser-gefährdungsklassen (Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe - VwVwS)" zu beachten.
- Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In der weiteren Schutzzone (IIIA und IIIB) sind nur zulässig:

- 1. **oberirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffang-raum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigegerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,
- 2. unterirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigegerät ausgerüstet sind.

Die Prüfpflicht richtet sich nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stof-fen und über Fachbetriebe (VAwS)

Verantwortlich: Landrat Dr. Friedrich Zeller

Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z.B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haus-halten zur regelmäßigen Abholung (z B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

 $\underline{\text{Umgang mit wassergef\"{a}hrdenden Stoffen außerhalb}}_{\underline{\text{von Anlagen}}} \, (\text{zu Nr. 2.3})$

Von der Nr. 2.3 sind nicht berührt:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nr. 4.11, 4.12, 6.1, 6.2 6.5 und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend VAwS werden an Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

Anlagen zur Versickerung von häuslichem und kom-<u>munalem Abwasser (zu Nr. 3.5)</u>

Das Abwasser ist vor der Versickerung nach strengeren als den Mindestanfor- derungen gemäß Abwasserverordnung (AbwV) in der jeweils geltenden Fassung zu reinigen. Die Anforderungen richten sich dabei nach den einschlägigen Merkblättern des Bayer Landesamtes für Wasserwirtschaft.

5. Stallungen (zu Nr. 5.3):

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist zur jährlichen Dichtheitsprüfung eine Leckage-erkennung für die Fugenbereiche entsprechend Anhang 5 Nr. 4.2 der

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAwS flüssigkeitsun-durchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwider-stand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 5 der VAwS hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist beim Landratsamt Weilheim-Schongau und dem Wasserversorgungsunternehmen 14 Tage vorher anzuzeigen.

Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

- Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen (zu Nr. 6.12):
- Weinbau
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau - Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

8. Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkom-

mende Maßnahmen (zu Nr. 6.13) Ein Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurz aufeinander folgenden Eingriffen entnommen werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebsmaßnahme auf der Fläche Freilandbedin-

gungen (Klima) entstehen. Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch auf der Fläche ebenfalls

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den o.g. Freiflächenbedingungen führen.

Freiflächenbedingungen entstehen.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windwurf Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u.U. nur durch Kahlschlag möglich ist.

Schongau, 13.09.2010

Landratsamt Weilheim-Schongau Dr. Friedrich Zeller Landrat

